

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

26. April 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Geheime Verhandlung in Leipzig.

Das Spiel mit dem Gedanken der legalen Diktatur.

E. K. Leipzig, 26. April (Eigener Drahtbericht). Die heutigen Verhandlungen sind streng geheim. Den Beteiligten ist vom Gericht Schweigepflicht auferlegt. Die Zeugen und die Presse, die auf 12 Uhr vormittags geladen waren, warten vergeblich auf den Wiederbeginn der öffentlichen Verhandlungen. Es wird vorläufig unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiter verhandelt. Aus der langen Dauer der gestrigen Beratung über den Ausschluß der Öffentlichkeit kann man wohl schlussfolgern, daß die Ansichten über diese Frage im Senat sehr geteilt gewesen sind und daß ein Teil der Beisitzer wohl kaum mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit einverstanden gewesen sein dürfte.

Dem Vernehmen nach soll die heutige Vormittagsverhandlung sich um den Fall Claß gedreht haben. Diese Verhandlung gibt Anlaß zu einigen Bemerkungen. Im Verfahren Claß handelt es sich bekanntlich um die Bestrebungen rechtsradikaler Kreise im Frühjahr 1926, den Reichspräsidenten Hindenburg zur Einführung der Diktatur zu bewegen. Die Wikinger-Zeugen Sodenstern und Friedrich haben ja ziemlich unbedarft zugestanden, daß

das Ziel des Wikings die Einführung der Diktatur

gewesen ist. Insofern waren ihre Aussagen von erheblicher Bedeutung. Sie haben nur die etwas komisch wirkende Einschränkung gemacht, daß die Einführung der Diktatur auf gesetzlichem Wege erfolgen sollte.

Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran zu erfahren,

wie sich der Reichspräsident diesen Bestrebungen gegenüber verhalten hat. Durch den Zeugen Käsehaage ist bekannt geworden, daß Herr von Sodenstern sich in der Märztagung der Führer der Vaterländischen Verbände gerühmt hat, Hindenburg sei für den Gedanken der nationalen Diktatur gewonnen. Wir haben schon vor dem darauf hingewiesen, daß diese Behauptung Sodensterns zweifellos über das Tatsächliche hinausgeht.

Immerhin verlangt die Behauptung der rechtsradikalen Zeugen, daß man in ihren Kreisen an die verfassungsmäßige Möglichkeit glaubt hat, über den Artikel 48 der Reichsverfassung unter Auslösung des Reichstages eine Diktatur herbeiführen zu können, eine beschleunigte Klärung der Sachlage. An sich kann ja gar kein Zweifel vorhanden sein, daß nach dem Wortlaut und Sinn der Verfassung eine Verfassungsänderung über Artikel 48 unmöglich ist, daß die Einführung der Diktatur auf gesetzlichem Wege ein Hirngespinnst der rechtsradikalen Kreise ist. Aber immerhin muß nachgeprüft werden, wie weit diese Vorstellung in rechtsradikalen Kreisen gefaßt hat, wie z. B. die deutschnationalen Minister Reußel, Hergt usw. zu dieser Frage stehen. Es muß hier eine entschiedene Erklärung gerade der jetzigen Regierung vor dem Reichstag verlangt werden und namentlich, was durch die Verhandlungen immer dringender als notwendig erscheint, ist, ein Ausführungsgesetz zu Artikel 48 zu schaffen, das den Rechtsradikalen auch den letzten Vorwand abschneidet, ihre Diktaturpläne auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen zu wollen.

Justiz ohne Binde.

Der Sieg des faschistischen Rechtspositivismus.

Eine Justiz, die sich die Binde von den Augen löst, um genau zu sehen, wer auf der Anklagebank sitzt: ein Gegner der Herrschenden oder ihr Freund und Diener, eine Justiz des Parteihasse und der Parteirache hat im Janiboni-Prozess von Rom ihr Urteil gefällt, dieselbe Justiz, die vor einem Jahre die Mörder Matteotti nur um wenige Monate ihrer Freiheit verkürzte. Es ist ein Urteil, das Italiens Rechtsverhältnisse dem letzten Balkanstaat zu Seite stellen. Praktisch ist es völlig gleichgültig, ob man einen fünfundsiebzigjährigen kranken Mann wie Capello, ob man den kriegsverletzten Janiboni auf fünf oder auf dreißig Jahre dem Kerker überliefert. Es ist gleichgültig, denn weder der alte General noch der an der Luftröhre und am Kehlkopf verletzte Janiboni könnten eine fünfjährige Zuchthausstrafe überleben. Aber für den guten Namen der Nation, für die Ehre der italienischen Justiz ist es wahrhaftig nicht gleichgültig, daß es möglich war, soviel Niedrigkeit, soviel Servilismus, soviel Henkerei aufzubieten, wie das Sondergericht durch sein Urteil bestätigt hat.

Denn, es sei laut gesagt, daß gegen Capello in Voruntersuchung und Verhandlung kein Belastungsmaterial zutage getreten ist, außer den Aussagen des Polizeispions Quaglia. Man hat dem alten Manne, der an Angina pectoris leidet, einen absolut blödsinnigen Insurrektionsplan untergeschoben, hat dann gefunden, daß, wenn schon einmal ein im Dienst ergrauter General zum Insurgenten wird, er doch wenigstens die Absicht haben müsse, sich selbst zum Diktator aufzuwerfen, kurz, man hat da einen Hintertreppenroman ausgeklügelt, im Vergleich zu dem die Indianergeschichten unserer Knaben Photographien der Wirklichkeit sind. Erschwerend hat man es dem General angerechnet, daß er im Auftrag des Freimaurerordens gehandelt habe; da aber notorisch dem Anschlag Janibonis von Anfang bis zu Ende das Geld gefehlt hat, was bei einem Unternehmen des Ordens doch nicht hätte der Fall sein können, so war es wieder „erschwerend“ für Capello, daß er das Geld aus eigener Tasche gegeben hat. Aus den Verhandlungen ist mit aller Deutlichkeit hervorgegangen, daß Janiboni trotz seines Haftens durch ganz Italien keine Helfershelfer hat finden können und keine Mittel, daß er eben auf Grund dieser Tatsache sich entschloß, allein zu handeln. Das ist natürlich wieder erschwerend für Janiboni, dessen Verböhrtheit es zeigt, aber zu dem Schluss, daß dieser Mann ohne Helfershelfer und ohne Mittel doch unmöglich gleichzeitig Capello zum Mitschuldigen und Geldverfolger haben konnte, reichte es bei dem Sondergericht Mussolinis nicht.

Man hat es bei diesem Prozess abgelehnt, die ein Jahr nach der dem Bericht unterbreiteten Handlung gesetzlich eingeführte Todesstrafe rückwirkend zu machen. Aber man hat die ganze Abwägung der italienischen Freiheit der Bürgerrechte ganz unbewußt rückwirkend gemacht. Man hat es als entsetzliche Missetat hingestellt, wenn sich irgendwo drei Menschen in einem Hause trafen, hat das ganze Verfahren in dem Sinne geleitet, als wäre jedes Wirken gegen den Faschismus ein Verbrechen, hat den Geist der Novemberdekrete von 1926, die dem Attentat von Bologna folgten, rückwirkend gemacht für das Tun der Angeklagten, die damals schon längst im Gefängnis saßen. Im Grunde waren Capello und Janiboni des Antifaschismus angeklagt und sind als Antifaschisten verurteilt worden. Anderes hat man ihnen nicht nachgewiesen.

Was Janiboni betrifft, so hatte er sich schon durch seine Kühne Aufrichtigkeit selbst als Zielscheibe der faschistischen Rache dargeboten. Seine Verurteilung wegen verurteilten Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus konnte einem gewissen rudimentären Rechtsgefühl genug tun. Aber einer scharfen juristischen Analyse, auf die früher die italienische Rechtsprechung so stolz sein durfte, halten die Schuldbeweise gegen Janiboni nicht Stand, aus dem einfachen Grunde, daß es kein Gesetz gibt, das den Willen zu einer verbrecherischen Tat bestraft. Die zur Verwirklichung der Tat getanen Schritte waren nicht zweckmäßig, obwohl sie Janiboni zweckmäßig erschienen. Es war nicht zweckmäßig, ein im Solde der Polizei stehendes Individuum mit den Vorbereitungen eines Attentats zu betrauen. Als Janiboni am Morgen des 4. November verhaftet wurde, hatte er noch keine strafbare Handlung begangen. Seinem im Sinne des Gesetzes verbrecherischen Willen waren die Wege zur Verwirklichung nur durch ein Werkzeug gebahnt worden, das im Einvernehmen mit der Polizei handelte.

Trotzdem können wir es verstehen daß man Janiboni nicht hat freisprechen wollen. Er wäre tatsächlich dem Regime gefährlich gewesen; außerdem hätte, bei der faschistischen Vorliebe für Lynchjustiz, keine Polizei ihm das Leben sichern können. Vor allem konnte ein faschistisches Gericht die faschistische Polizei nicht in dem Maße bloßstellen, daß es den Spiegel Spigel nannte. Quaglia war ein Patriot in gutem Glauben. Und er wird lange leben auf Erden und nie Geldforgen haben. . . .

Der Verteidiger Janibonis hat am Schlusse seiner Rede ein furchtbares Wort gesprochen, als er zum Gericht sagte: „Ihr seid das Gewissen der faschistischen Revolution“. Das Wort beleuchtet eine geschichtliche Situation: es trifft das Regime tiefer als ein Attentat. Jene Offiziere im Schwarzhemd, die das Urteil schon in der Tasche hatten, sind unter dem Hieb nicht errötet. „Scham-

71 gegen 94.

Das Stimmenverhältnis im Nationalrat. — Endgültiges Ergebnis erst im Mai bekannt.

Wien, 26. April. (WIB.) Die endgültige Verteilung der Mandate für den Nationalrat wird erst in der Woche nach dem 8. Mai durch die hauptwahlbehörde festgestellt werden, da erst dann die Berechnungen über die 13 Reststimmenmandate, die nach dem ersten Ermittlungsverfahren übrig geblieben, abgeschlossen sein werden.

Nach nichtoffiziellen Berechnungen dürften von den Reststimmenmandaten die Einheitsliste 6, die Sozialdemokraten 4 und der Landbund 3 erhalten. Das Gesamtergebnis der Nationalratswahlen dürfte demnach sein: Einheitsliste 85, Sozialdemokraten 71, Landbund 9 Mandate. Das Verhältnis der bürgerlichen Mandate zu den sozialdemokratischen wäre dann im neuen Nationalrat 94 gegen 71 Stimmen gegen 97 gegen 68 im alten Nationalrat.

Für unsere reichsdeutschen Wahlbegriffe ist es gewiß erstaunlich, daß der große Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen in Wien sich zwar in dem Gewinn von zwei Nationalratsstimmen ausdrückt, aber bei der gleichgebliebenen Zahl unserer Gemeinderatsräte unberücksichtigt geblieben zu sein scheint. Dies erklärt sich einmal daraus, daß die Sozialdemokratie bei der Mandatsverteilung im vorigen Mal besonders gut weggekommen ist, während diesmal ein großer Teil des Zuwachses sozusagen leer ausgeht. Das mag wieder daran liegen, daß nicht die ganze Stadt für den Gemeinderat einen Wahlkreis bildet, sondern auch dafür die Nationalratswahlkreise gelten. Endlich aber ist zu bedenken, daß der Verlust der Christlich-Sozialen zum Teil dadurch ausgeglichen worden ist, daß sich die Großdeutschen und andere kleine Parteien, die voriges Mal noch selbständig aufgetreten waren, diesmal dem Reichsmusch eingegliedert haben.

Wir sehen davon ab, die Personen der Neugewählten namentlich aufzuzählen; es sind zu allermeist dieselben, die auch bisher schon im Nationalrat saßen. Aber ein Durchfall muß doch als recht erfreulich registriert werden: der des Wiener Rechtsanwalts Dr. Walter Riehl, der sich seit seiner Jugend vom eifrigen Sozialdemokraten zum Pogromheger, Mieterschutzbekämpfer und Schimpfball herüberentwickelt hat, um nun endlich Abgeordneter zu werden. Die Racher der Einheitsliste haben diesen Hakenkreuzler zunächst in dem stark jüdischen II. Wiener Gemeindeviertel (Leopoldsdorf) aufgestellt, ihre Gesamtschaften dadurch aber bald so bedroht gesehen, daß Riehl in einen „arischen“ Bezirk verpflanzt wurde. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat in den letzten Tagen einige der widerlichen Heftreden Riehls veröffentlicht und ihr Bekanntwerden scheint zu dem starken Stimmenverlust der Einheitsparteien gerade in diesem Wahlkreis erheblich beigetragen zu haben. Riehl muß sich jetzt wieder schön gebüden, bevor er die Immunität für seine Pogromhegerei mißbrauchen kann!

Faschismus gegen Völkerbund.

Mussolini will erst gefragt werden, wenn der Völkerbund Italiener zu Bundesbeamten ernennen will.

Die italienische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem jeder italienische Staatsangehörige, der in den Dienst einer auswärtigen Regierung oder eines internationalen Instituts tritt, zunächst die Genehmigung der italienischen Regierung einholen muß.

Das „Journal de Genève“, das große dem Völkerbundssekretariat nahestehende Blatt, sieht in diesem Gesetzentwurf eine ernste Gefährdung des Völkerbundes. Es betont, daß die Funktionäre des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes in erster Linie dem Völkerbunde zu dienen haben und nicht Ver-

treter ihrer Regierungen seien. Es bestehe die Gefahr, daß der italienische Gesetzentwurf Nachahmung in verschiedenen anderen Staaten finden werde. Durch das italienische Gesetz würden die Funktionäre des Völkerbundes in direkte Abhängigkeit von ihren Regierungen gebracht und in ihrer Stellungnahme nicht mehr frei sein. Das Statut des Völkerbundes mache ausdrücklich die Verabschiedung von Beamten durch den Generalsekretär des Völkerbundes von dem Vorliegen besonderer Umstände abhängig. Nach dem neuen italienischen Gesetz würde die Regierung das Recht haben, die Beamten jederzeit ohne besondere Begründung zurückzurufen. Das „Journal de Genève“ erklärt zum Schluss, daß unter all den Gefahren und Schwierigkeiten, die der Völkerbund in den letzten Jahren durchlebt habe, dieses Gesetz seinen Folgen nach, die schwerste Bedrohung des Völkerbundes bedeute.

Die „Friedensmacht“ der Sowjetunion.

Woroschiloff über die Pflicht zur Wachsamkeit.

Moskau, 25. April. (WIB.) Der Kriegs- und Marinekommissar Woroschiloff erklärte auf dem Rätekongress, daß die verstärkten Rüstungen der Mächte, auch der nächsten Nachbarn der Sowjetunion, diese zu besonderer Wachsamkeit zwängen. Woroschiloff hob den außerordentlich friedlichen Charakter der Politik der Sowjetregierung hervor und dementierte entschieden die Meldungen über eine angebliche Konzentrierung der Sowjettruppen in der Mandchurei sowie die Erklärung des englischen Kriegeministers im Parlament, daß die Sowjetunion sich angeblich zu einem chemischen Kriege aktiv rüste. Der zahlenmäßige Bestand der Roten Armee halte sich auf dem Niveau früherer Jahre. Auf dem Gebiete der technischen Rüstungen und der chemischen Verteidigung bleibe die Sowjetunion hinter den westeuropäischen Staaten zurück. Woroschiloff betonte das Erstarken der lebendigen Kräfte der Armee und das Wachstum ihres politischen Bewußtseins, sowie die Verbesserung des Zustandes der Flotte und sprach die Ueberzeugung aus, daß die bewaffneten Kräfte der Sowjetunion es verstehen würden, ihre Pflicht zu erfüllen.

Die mexikanische Räuberbande gestellt.

60 Banditen getötet.

Mexiko, 26. April. (WIB.) 60 Mitglieder der Räuberbande, die den Zugüberfall bei Guadaluera ausführte, wurden nach fünfständigem Kampf mit den Bundestruppen bei Siguitarero im Staate Jalisco getötet.

Die Mordparole: „Es lebe der König Christus.“

Das Auswärtige Amt von Mexiko übermittelt der Presse folgende für sich selbst sprechende Mitteilung:

„Am 19. April überfiel eine Räuberbande unter Führung der katholischen Priester Bego, Pedroza und Angulo sowie des Rechtsanwalts Lic. Loza, des Baustragten des Bundes zur Verteidigung der Religion, einen aus Guadaluera kommenden Zug und beschossen ihn unter den Rufen „Es lebe der König Christus!“, bis sie die schwache Begleitmannschaft, die die Bedeckung des Zuges bildete, überwältigt hatten. Darauf lösteten sie zahlreiche Passagiere, indem sie die Mehrzahl von ihnen mit Messern niederbrachten und dann den Zug in Brand steckten, in dessen Innern fast alle übrigen Passagiere verbrannten. Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt mehr als 100, darunter viele Kinder. In einem Falle verlor ein Passagier fünf Kinder, seine Frau und seine Schwiegermutter.“

Die Regierung trifft mit größter Energie alle Maßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen und zur Verhinderung der Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse.“

los schuf den schlechten Mann mißsüßig die Natur." Und das Gewissen der faschistischen Revolution hat sich schleierlos gezeigt, in seiner blutrünstigen Nachgiebigkeit. Nicht die Nachgiebigkeit des Böbels, der trunken wird durch die eigne entfesselte Gewalt, im Staub der Strafe, gefährlich und gefährdet; nein, die kalte, feige Nachgiebigkeit gegen Wehrlose, feierlich drapiert in die Toga des Richters, sicher und geschützt in den heiligen Hallen der Justiz. Dies ist das Gewissen der faschistischen Revolution!

Eine hervorragende Ehe.

Deutsche Volkspartei gegen deutschnationale Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei und ihr Führer Stresemann werden von den Deutschnationalen en canaille behandelt. Stresemann wird nach der Methode Helfferichs im Kampf gegen Erberger auf persönlichem Gebiete attackiert, er soll müde gemacht und niedergebeugt werden. Von seinen Koalitionsfreunden im Bürgerblock. Es scheint ihm allmählich der Geduldsfaden zu reißen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der amtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, richtet an die deutschnationale Parteileitung die folgende Note:

„Gut zwei Wochen sind es her, daß im Plauer Prozeß das Urteil gefällt wurde. In diesem Prozeß wurde bekanntlich durch eidestattliche Versicherung des deutschnationalen Oberregierungsrates Goebel und des Zeugen Krang erwiesen, daß die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei auf Anweisung ihres Hauptgeschäftsführers Dr. Weiß 5000 Mark für den Erwerb und die Ausschachtung gestohlener Aktien gezahlt hat. Es wurde in diesem Prozeß gleichzeitig durch eidestattliche Versicherung derselben Zeugen und des Herrn Knoll erwiesen, daß diese Aktien fälschlicherweise als Aktienstücke der Deutschen Werke bezeichnet waren. In Wirklichkeit befanden sich in diesem gestohlenen Aktienmaterial auch jene sogenannten Beweisstücke, mit denen Stresemann auf fastem Wege erledigt und beseitigt werden sollte. Die entgegenstehenden Erklärungen des deutschnationalen Hauptgeschäftsführers Dr. Weiß und des Herrn Stein-Rumpelstücken von der Jugenbergs-Zentrale sind damit als objektiv falsch abgetan worden. Mit diesem gestohlenen Aktienmaterial ist aber nicht nur in Plauen, sondern schon lange vorher in Wort und Schrift der persönliche Kampf gegen Stresemann geführt worden. Er wird damit weitergeführt! Hat sich nicht während des ganzen Prozesses und darüber hinaus mindestens ein Teil der deutschnationalen Presse einer Berichterstattung und Beurteilung über die unerhörten Angriffe auf den Führer der Deutschen Volkspartei befleißigt, die man nur als schlimmste Tendenzmache bezeichnen kann? Haben nicht deutschnationale Zeitungen — sofern sie sich selbst einigermassen zurüchtelten — durch Randbemerkungen ihre Leser darauf aufmerksam gemacht, wo sie die schlimmsten und ausführlichsten Tendenzberichte erhalten konnten! Hat nicht das von dem Mitgliede der deutschnationalen Reichstagsfraktion Prof. Dr. Spohn geleitete Wochenblatt „Das Deutsche Volk“ sogar das lächerliche Märchen verbreitet, Litwin sei der Schwager des französischen Generals Nollet? Eine Richtigstellung haben wir im „Deutschen Volk“ noch nicht gelesen. Auch die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei schweigt sich über diese Dinge aus. Hat sie wirklich nicht das Empfinden, hier gründlich ein- und durchgreifen zu müssen? Gläubt sie tatsächlich, daß sie sich einer öffentlichen Stellungnahme zu diesen dunklen Dingen entziehen könnte? Wir können nicht annehmen, daß sie sich in diesem Irrtum befindet und bitten deshalb um Antwort, sofern die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei überhaupt Wert auf ein nachbarliches Verhältnis zur Deutschen Volkspartei legt.“

Das ist ein reizender Krach in der Bürgerblocke; Herr Stresemann mußte wissen, mit wem er sich verheiratete. Er kannte die Machenschaften der deutschnationalen Ver-

leumdungspraktik längst. Seine Partei hat trotzdem alles getan, um die Partei der systematischen Verleumdung und der inneren Unehrlichkeit in die Regierung zu bringen. Sie hat sich seit Jahren für den Bürgerblock geradezu prostituiert. Und nun weint sie über das wenig nachbarliche Verhältnis der Deutschnationalen zur Volkspartei und droht mit Kündigung. Eine hervorragende Ehe, der Bürgerblock!

Der Landbund macht Glauben.

Und läßt es sich in aller Öffentlichkeit bescheinigen.

Unsere Leser wissen, daß anfänglich der diesjährigen Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Ostower Kreise eine Revolte der Kleinbauern und Gärtner gegen die den Großgrundbesitz protektierende Verbandsleitung ausgebrochen war. Strafe muß sein, dachte die Verbandsleitung und die „Rädelsführer“ wurden mit einem Brief des Vorstandes bedacht, worin sie auf Grund eines „einstimmigen“ Beschlusses zum Austritt aus dem Landbund aufgefordert werden. Sonst — Ausschluss!

Die betreffenden Herren stellten nun in der am 2. Osterfeiertag abgehaltenen Versammlung des 5. Landbundesbezirks durch Befragen dreier Vorstandsmitglieder fest, daß der Beschluß nicht „einstimmig“ gefaßt sei. Die Versammlung sahte darauf ohne jede Stimmenthaltung folgenden Beschluß:

„Der 5. Landbundesbezirk nimmt zur Kenntnis, daß das Schreiben des Kreislandbundes vom Anfang April 1927 eine Unwahrheit enthält. Der Bezirk erklärt, daß er sich mit den betreffenden Herren solidarisch fühlt. Er erklärt sich ferner gegen den Ausschluss dieser Herren und verlangt Revision des dahingehenden Vorstandsbeschlusses.“

Da das „Kreisblatt“ diesen Beschluß veröffentlicht hat, kann man von einer in aller Öffentlichkeit vollzogenen moralischen Stützung der Landbund-Gewaltigen reden.

Thüringer Regierungsnot.

Eine Stimme Mehrheit für die künftige Regierung.

Weimar, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag soll die neue Regierung Deutscher von Thüringer Landtag gewählt werden. Sie hat zahlenmäßig von den 56 Stimmen nur 23 hinter sich und kann nur leben mit Zustimmung der vier deutschnationalen Abgeordneten und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Volksrechtspartei und der beiden Nationalsozialisten. In diesem Falle könnte das Kabinett zur No. 27 gegen 26 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei drei Stimmenthaltungen für sich buchen.

Stahlhelmann Vobies.

Strafantrag im Düsseldorf-Stahlhelmann-Prozess.

In dem seit Wochen vor einem Düsseldorfer Gericht stattfindenden Prozeß gegen den Stahlhelmann Vobies, der im Juli 1926 den Reichsbannerkameraden Erdmann erschoss, beantragte der Staatsanwalt am Montag eine Strafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis. Gegen die der Mithilfe beschuldigten weiteren 19 Angeklagten lautete der Antrag ebenfalls auf Gefängnisstrafen.

Imperialistische Ziele liegen uns völlig fern

Coolidge über die amerikanische Außenpolitik.

New York, 26. April. (W.B.) Präsident Coolidge hielt im Biltmore-Hotel eine Rede vor der amerikanischen Presse, in welcher er zunächst auf die Macht der Presse hinwies, die in den internationalen Beziehungen dadurch Unheil stiften könne, daß sie ständig die anderen Völker kritisiert und ihnen falsche Motive unterschiebt. Das gleiche Unheil, so führte Coolidge weiter aus, kann die Presse auch stiften, wenn sie ihre ständigen Angriffe gegen die amerikanische Politik richtet, denn dadurch wird im Ausland der Anschein erweckt, daß die öffentliche Meinung Amerikas nicht hinter der Regierung steht. (1)

Die ausländische Politik der Vereinigten Staaten hat die Freundschaft und das Wohlwollen gegenüber allen Völkern zum Grundprinzip. Was unsere im Ausland lebenden Mitbürger anbelangt, so vertreten wir den international anerkannten Standpunkt, daß sie Recht auf Schuld haben, und zwar zunächst auf den Schutz des Aufenthaltsstaates, nötigenfalls aber auch auf den Schutz der amerikanischen Regierung. Dies ist auch die Ursache für unsere Meinungsverschiedenheiten mit Mexiko, die jedoch demnächst beigelegt werden dürften, da mir der mexikanische Botschafter Tellez kürzlich versicherte, daß Mexiko nicht die Absicht habe, amerikanisches Eigentum entschädigungslos zu konfiszieren. Gegenüber den Regierungen dieses des Panamakanals (also gegenüber Mittelamerika, D. Red.) fühlen wir uns in besonderer Weise moralisch verantwortlich.

Wir haben seinerzeit den Präsidenten von Mexiko Obregon mit Waffen und Munition unterstützt und wir tun jetzt ein Gleiches für den Präsidenten von Nicaragua, Diaz. Die Anwesenheit unserer Truppen in Nicaragua hat die Wirkung gehabt, daß größere Städte vor Plünderung und Elend bewahrt blieben. Ich habe ferner Stimson nach Nicaragua entsandt, um ein genaues Bild von der dortigen Lage zu erhalten. Imperialistische Ziele liegen uns völlig fern. (1) Dies gilt auch von China, wo unsere Politik stets frei von jeder Aggression gewesen ist, was sich schon daraus ergibt, daß wir in China keine Konzessionen haben und niemals chinesisches Gebiet besetzen. Unsere Freundschaft zu China ist sprichwörtlich. Für die gegenwärtige Not des chinesischen Volkes haben wir volles Mitgefühl. Wir hoffen, daß die Bestrebungen für Freiheit, Einigkeit und den nationalen Geist wie eine starke republikanische Regierung in Erfüllung gehen. Unsere Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern sollen lediglich das Leben und Eigentum der amerikanischen Staatsangehörigen schützen. Der bedauerliche Zwischenfall von Nanking hat uns gezwungen, mit den anderen Mächten eine Note zu überreichen; die chinesische Antwort ist veröhnlich und in einigen Punkten entgegenkommend gehalten.

Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat Amerika in eine ganz neue Stellung zu der übrigen Welt gebracht. Dies wird uns nicht hindern, stets die hohen Ideale der traditionellen Politik Amerikas hochzuhalten, für Gerechtigkeit einzutreten und zugleich auch den Völkern, die um eine Besserung ihrer Lage und für ein größeres Maß von Freiheit kämpfen, Geduld und Ermunterung zu erweisen. Um diese großen Aufgaben durchführen zu können, bedarf es der ständigen Hilfe und Opfer eines einzigen Amerikas.

Dreißig Jahre New Yorker „Vorwärts“.

Ein sozialistisches Weltblatt.

Die sozialistische Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten feierte am 24. April das 30jährige Jubiläum der jüdischen sozialistischen Tageszeitung „Vorwärts“. Während die sozialistische Partei Amerikas organisatorisch noch ziemlich schwach ist, hat sich das im Jahre 1897 vom Genossen Abraham Caham begründete beschreibende Blattchen zu einem Weltblatt entwickelt und gehört nun mit zu den größten und bestgeleiteten Tagesblättern Amerikas. Es hat eine Auflage von über 250 000, besitzt seinen eigenen, vierzehnstufigen Wolkenträger usw. Die Zeitung hat auch eigene Korrespondenten in allen europäischen Ländern und zählt unter ihren Mitarbeiterinnen in England Macdonald, Snowden, Bertrand Russell, in Frankreich Languet, in Deutschland Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Breitscheid usw. Das Jubiläumsfest wurde in außerordentlich feierlicher Weise in dem größten Saal New Yorks begangen. Zehntausende Arbeiter wohnten dem Fest bei, als Festredner sprach Macdonald, der sich jetzt in Amerika aufhält.

Für die völlige Streichung der Schulden sprach in einem New Yorker Club der englische Wirtschaftspolitiker Sir George Paish. Der Weltkrieg habe für Europa einen jährlichen Einkommensverlust von fast fünf Milliarden Goldmark zur Folge gehabt.

Paneuropäische Versammlung in Budapest gesprengt. Die konstituierende Versammlung der ungarischen paneuropäischen Union ist durch eine Gruppe nationalistischer Hochschüler gestört und schließlich gesprengt worden.

Studentenmädels.

Von Sados.

Seit der massiven deutschen dramatischen Gemütskrise, Wilhelm Meyer-Försters „Alt-Heidelberg“, hatte den Studentenmädels die Zuckerbäckerphantasie eines nicht gerade in allen Dingen ideal denkenden Bürgertums einen Schmelz von Romantik überzogen.

Er, der Student: dessen Gegenwart, Freiheit, Sorglosigkeit und Gesellschaftsfähigkeit und dessen Zukunft Gefährdung des Lebens im Schutze des Landesherrn zum Schutze des Landesherrn war, und sie, das kleine Dummchen, dessen Gegenwart die Stelle im Geschäft und dessen Zukunft der Tischler in der Vorstadt war. . . .

An der Unvereinbarkeit dieser beiden Daseinsformen hatten sich immer wieder Tausende von Phantasien entzündet. Und die Herzen haben für das Dummchen geschlagen, das es doch so gut meinte und doch so schuldlos daran war, daß alles einmal vorüberging.

War das nicht tragisch? Es war es nie. Im Begriff des „Studentenmädels“ lag die Anerkennung der Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen Schichten, die Anerkennung der Berechtigung einer moralischen Wiederverteilung nach Ständen. Das Studentenmädels war schon zu Meyer-Försters Zeiten die sozial Entwurzelte, die Geschlechtsverirrte, der weder Mitleid noch Umwehung mit romantischem Firtelanz, der nur Verachtung gebührte.

Sie konnte nicht einmal das triftige Argument der Prostituierten: materielle Not ins Feld führen. Sie verriet die Liebe eines bunten Bandes, einer Bezeichnung, eines albernem Dünkels wegen. Sie wollte ein „besseres Verhältnis“ sein und gab um der Meinung der Welt willen die Ehre einer Gesellschaftsklasse preis.

Und gar heute! Zu denken, daß es immer noch das arme Arbeitsmädels gibt, das Couleur trägt und von Menur sojett und Bierjungen und unbedingter Genugtuung und das weiß, daß es nicht als voll angesehen wird und weiß, daß es einmal verlassen wird, aber dies daraneht für die Befriedigung, vorübergehend im Glanze eines höheren Gesellschaftsniveaus zu stehen.

Gar heute noch! Wo neben soundso vielen strebenden Studifern, die gewiß auch einmal in der Republik gut zu verwenden sein werden, der Typ zum mindesten des Couleurstudenten der politische Intrigant, der Hasser des Arbeitsmannes und der politische grüne Junge voller Annahungen und Rarrheiten ist.

Gar heute noch! Studentenmädels! An dem Tage, an dem im Bewußtsein der Volksgemeinschaft der Glitzer deiner Romantik abgewischt sein und sich herausgeholt haben wird, das stupide Gesicht eines Gänsehens bei den Mildgesinnten und die häßliche Strache einer Gesinnungsverräterin bei den Strengen — ja, an dem Tage wird vieles besser in Deutschland sein, weil die Volksgemeinschaft dann besser sehen gelernt hat.

Um die Welt in 10 Tagen.

„Bitte, ein Flugbillet um die Welt!“ Dies Ersuchen wird man in nicht zu langer Zeit an den Schaltern der großen Flugplätze ausprechen dürfen, ohne irgendwelche Verwunderung zu erregen. Bald werden die Fluglinien, die den ganzen Erdball umspannen, so ausgebaut sein, daß einer Weltreise durch die Luft nichts im Wege steht. Wie die verschiedenen Routen aussehen werden und in wie kurzer Zeit sie zurückgelegt werden können, zeigt eine Aufstellung von Harry Harper in einem Londoner Blatt. „Wenn man von London frühmorgens fortfliegt“, schreibt er, „so ist man am Abend in Berlin und fährt mit dem Nachtflugzeug weiter nach Königsberg. Von hier steigt man in einen eleganten Luftzug, der mit Schlafwagen und einem Büfett für die Reise über Moskau nach Peking ausgestattet ist. Chinas Hauptstadt wird von London aus in 60 Stunden erreicht. Von dort aus führt der Luftweg nach Tokio, wo man sich in ein großes Luftflugzeug einschiffet, das in 80 Stunden über den Stillen Ozean nach San Francisco fliegt. Dann bringt uns ein Appressflugzeug in 30 Stunden nach New York. Hier steigt man wieder in ein luxuriös ausgestattetes Luftschiff um, mit dem man in 60 Stunden nach London fliegt. So wird die Weltreise in etwas über 10 Tagen zurückgelegt.“

Daß dies möglich sein würde, hat sich Rhineas Fogg, Jules Verne's Phantastiker, der die Welt in 80 Tagen umfuhr, nicht träumen lassen. Wenn man eine längere Route einschlägt, so fliegt man von London über Paris nach Konstantinopel in einem prächtigen Orient-Luftzug. Von hier steigt man in ein Flugzeug um, das nach Kairo fährt. Von dort geht die Fluglinie nach Bagdad und Karachi. Der weitere Weg führt über Delhi nach Kalkutta. Hier findet man ein Luftschiff, das mit allen Bequemlichkeiten der großen Ozeandampfer ausgestattet ist, und fliegt weiter über Rangoon und Singapur nach Port Darwin an der Küste Australiens. Von hier steigt man in ein der australischen Flugzeuge über, die den Reisenden rasch nach Melbourne tragen. Bis dahin braucht der Luftreisende 130 Stunden oder etwas mehr als 5 Tage. Die nächste Luftstrecke führt in einer Ostindien-Reise mit dem Flugschiff nach Australien auf Neuseeland, wo man wiederum ein der großen Luftschiffe besteigt, die mit Schlafkabinen und Promenadenbedeckung ausgestattet sind, und auf denen man sogar tanzen kann. In diesem fliegenden Hotel überquert man den Stillen Ozean bis nach Panama. Dort angekommen, steigt man in ein Flugschiff über, das an der Küste bis Pernambuco fliegt, und dort erreicht man den Flugdienst quer über den Südpazifikischen Ozean. Mit einem dieser Luftdampfer ist man in etwa 60 Stunden in Sevilla, wo jetzt ein großer Flughafen errichtet wird. Von hier aus kehrt man im Flugzeug nach London zurück und hat diesen Flug um die Welt in nicht mehr als 17 Tagen zurückgelegt.

Die tatsächliche Schlußfrist. Im Streite um die Dauer der Schlußfrist wird allzuoft vergessen, wie lange der urheberrechtliche Schutz für ein Kunstwerk denn nun eigentlich dauert, wenn er 30 oder 50 Jahre auch nach dem Tode des Schöpfers wirksam ist. J. B. Wagners Bohemgrin, 1851 veröffentlicht, war 62 Jahre lang geschützt; der Tristan, 1860 in der Partitur erschienen, allerdings erst 1865 zuerst aufgeführt, immer noch 48 Jahre; die Meisterfinger von 1868 bis

1913 noch 45 Jahre. Die Frist war bei Wagner kurz, da er verhältnismäßig früh starb. Sie kann aber auch viel länger sein. Grillparzers Sappho erschien schon 1818 und war bis 1902 geschützt, da der Dichter sein Jugendwerk um 54 Jahre selbst überlebte; und Hebbels Judith, 1841 erschienen, erfreute sich eines 52jährigen Schutzes. Die Romellen von Storm, in den 1870er Jahren gedruckt, J. B. Aquis submersus 1877, durften 41 Jahre lang nicht nachgedruckt werden — auch hier wie bei Fontane ist die Schutzfrist (bei Fontane läuft sie bis 1928) ungewöhnlich kurz, da die Hauptproduktion sich in die letzten Lebensjahre des Dichters zusammenkrängte. „Soll und Haben“ war von 1855 ab 70 Jahre lang geschützt. Frentags „Journalisten“ sogar 71 Jahre. Der grüne Heinrich, 1855 zuerst fertig, wurde erst nach 65 Jahren frei. Menzels Flötentonzert darf erst 1933 frei reproduziert werden, 83 Jahre nach seiner Entstehung. Böcklin wird 1931 frei, seine Hauptwerke sind dann fast alle 60 Jahre alt. Und wenn, was wir nicht denken wollen, Richard Strauß heute stürbe, wäre der Rosenkavalier mindestens 46 Jahre, die Salome mindestens 52 Jahre unter Schutz. Ist das nicht lange genug?

Kenntiere in den Alpen. Eine Herde von 12 Rentkieren wird von Norwegen nach den französischen Alpen gebracht, um sie dort zu akklimatisieren. Man will die Tiere im Winter zum Schlittensziehen benutzen und hofft, mit ihrer Hilfe auf manche malerische Punkte zu gelangen, die zu Pferde oder im Kraftwagen nicht erreicht werden können. Nach der Aussage von Sachverständigen könnte das Rentkier leicht in verschiedene Hochgebirge Europas eingeführt werden. Die Rentkier, von denen jedes 840 Mark kostet, werden von dem französischen Ackerbauministerium eingeführt. (Einbürgerungsversuche, die in Deutschland mit Rentkieren gemacht wurden, hatten keinen sonderlichen Erfolg.)

Ein mongolischer Frauenklub. Der russische Forschungsreisende Rasloff hat auf seiner letzten Expedition in der Mongolei einen Volksstamm gefunden, dessen Verfassung die eines Frauenstaates ist. Nach Rasloffs Bericht sind sämtliche Regierungsämter in Händen von Frauen. Parallel damit geht die Einrichtung der Polynadie; die wohlhabenden Frauen des Stammes haben durchweg mehrere Männer, von denen manche als Sklaven verwannt, die bevorzugten jedoch im Harem gehalten werden.

Selbstverleumdungen englischer Bergarbeiter. Am Rahmen des vom Männergesangsverein „Armenies“ am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saalbau Friedrichshain abzuholdenden Opernabends wird das auf der Bühne behandelte Selbstverleumdungen der englischen Bergarbeiter eine Reihe englischer Kämpfe, Volks- und Kunsthilfen zeigen. Der Preis für die Unterstüßungsliste der ausgeperrten Bergarbeiter zu. Eintrittspreis 50 Pf.

Ein neues Bühnenwerk von Wolfgang Gorch. Wolfgang Gorch, der Autor des mit Erfolg aufgeführten Schauspiel „Reichardt von Ardenne“, ist am Sonntag in seinem Kreise sein eigenes mit 150-Jahrestag des „Alten Rinkenbrunn“ geschriebenes Bühnenwerk „Rinkenbrunn, ein heimliches Bilderbuch“. Das Werk, das der Bühnenkunst völlig neue Wege weist, wird am 12. Juni auf der Freilichtbühne in Finstentung aufgeführt.

Alle Dorichs Gattspiel in Budapest verboten. Deuts sollte in Budapest ein geachtetes Gattspiel der Berliner Schauspielerei Räte Dorich mit ihrer Truppe beginnen. Gestern teilte jedoch der Direktor des Böhmisch-Theaters Frau Dorich mit, daß der Budapest Gemeinde Rat das Gattspiel verboten habe.

Der Tod des Ministers Höfle.

Gerichtsarzt Thiele vor dem Disziplinargericht.

Nach dem Tode des ehemaligen Reichspostministers Dr. Höfle im Moabitischen Untersuchungsgefängnis wurden schwere Vorwürfe gegen den amtierenden Gerichtsarzt Dr. Thiele laut, der an dem fraglichen Tage den bereits schwerkranken Minister nur einmal flüchtig gesehen und dann, als sich der Zustand des Patienten verschlechterte, dem Pflegepersonal telephonische Anweisungen über die Behandlungsmethode Dr. Höfles gegeben hat. Gleichzeitig liefen auch von anderer Seite Beschwerden über Dr. Thiele ein, die ihm vorwarfen, daß er sich um Patienten im Untersuchungsgefängnis nicht genügend kümmere, an anderen Fällen falsche Angaben über den Zustand von Untersuchungsgefangenen gemacht habe. Diese Beschwerden führten zu einem Disziplinarverfahren, das augenblicklich vor dem Disziplinarssenat des Kammergerichts unter Vorsitz von Senatspräsident Meyer stattfindet. Die Anklage wird von Oberjustizrat Lemke, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Strafvollzugsamtes, vertreten. Dr. Thiele wird von den Rechtsanwältinnen Dr. Heinrich Werthauer und Dr. Aneise verteidigt.

Dr. Thiele wird vorgeworfen, daß er seine Amtspflichten nicht genügend wahrgenommen, und daß er sich Nachlässigkeit in seinem Dienst habe zu Schulden kommen lassen. Die ersten Fälle, die gestern zur Sprache kamen, betrafen einen Untersuchungsgefangenen Jachter, der in seiner Anzeige gegen Dr. Thiele behauptete, daß dieser ihn nicht genügend untersucht und einem vorhandenen Darmleiden keine Beachtung geschenkt habe. Jachter beruft sich darauf, daß er so heftigen Blutverlust in der Zelle gehabt habe, daß sogar die Matratze über und über mit Blut bedeckt gewesen sei. Trotzdem habe Dr. Thiele nichts getan, um ihn in das Lazarett überzuführen zu lassen. In einem zweiten Fall wurde Dr. Thiele vorgeworfen, daß er bei einer Frau Schwangerschaft festgestellt habe, ohne daß die betreffende Gefangene sich überhaupt Rütter gefühlt habe, während er in einem dritten Fall die Schwangerschaft einige Monate zu spät erkannt habe. Der Disziplinarssenat hatte eine Anzahl medizinischer Sachverständiger geladen, die sich über die einzelnen Punkte der Anklage eingehend zu äußern hatten. In der gestrigen Verhandlung wurde Dr. Thiele durch den von der Anklage geladenen medizinischen Gutachter Professor Trembur erheblich belästigt, der in den einzelnen Fällen das Vorgehen und die Anordnungen Dr. Thieles für fehlerhaft vom medizinischen Standpunkt aus betrachtete, erklärte.

In der heutigen Verhandlung wandte man sich dann dem Fall Höfle zu. Reichsminister Höfle hatte sich Karolik in größeren Mengen zu verschaffen gewußt und sie an seinem Todestage in den frühen Morgenstunden in sehr großen Mengen eingenommen. Dr. Thiele erschien an dem fraglichen Tage, einem Sonntag, mittags nur für kurze Zeit im Untersuchungsgefängnis und stattete Dr. Höfle eine flüchtige Besuche ab. Am Nachmittag sah dann der Gerichtsarzt Dr. Sörmer ebenfalls Dr. Höfle für kurze Zeit, der jedoch annahm, daß Dr. Thiele dem Pflegepersonal bereits Anordnungen über die Behandlung Höfles gegeben hätte. Als sich gegen Abend der Zustand des Ministers so erheblich verschlechterte, daß die Gefangenenerwärter ernste Befürchtungen bekamen, riefen sie bei Dr. Thiele in dessen Wohnung an. Thiele kam jedoch nicht ins Gefängnis, sondern gab telephonisch eine Behandlungsanweisung. Diese Tatsache wird Dr. Thiele besonders zur Last gelegt. Er hätte auf die Nachricht, daß das Befinden des Kranken sich stark verschlechtert habe, obwohl es Sonntag war, ins Untersuchungsgefängnis fahren müssen und nach Ansicht der medizinischen Sachverständigen, besonders des Professors Lemke, hätte er als Arzt sofort die Anwendung des Magenäschlauchs verordnen müssen, um das im Körper Höfles befindliche Gift durch Ausspülungen zu beseitigen. Daß er die Ausspülung des Magens bei Minister Höfle unterlassen hat, wird ihm als besonders schwerwiegender Kunstfehler angedreht. Die Verhandlung über den Fall Höfle wird auch am Mittwoch nach fortgesetzt werden, so daß das Urteil gegen Dr. Thiele vermutlich erst am Mittwochabend oder am Donnerstag zu erwarten ist.

Anerkennung von Wohlfahrtsplegern.

Neue Vorschriften des Wohlfahrtsministers.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht einem Rundschreiben des Reichswohlfahrtsministers entnehmen können, können Wohlfahrtspleger (Fürsorger, Sozialbeamte), die auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtsplegerei oder der Wirtschaft- und Berufsfürsorge oder der allgemeinen Wohlfahrtsplegerei tätig sind, die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspleger (Fürsorger, Sozialbeamte) für das betreffende Hauptfach erhalten, falls sie den Lehrgang einer von dem Minister zur Ausbildung von Wohlfahrtsplegern (Fürsorgern, Sozialbeamten) veranschaulicht zugelassenen Anstalten besucht und nach bestandener Prüfung sich mindestens ein Jahr in praktischer sozialer Arbeit, die auf einem Gebiete des für die Prüfung gewählten Hauptfaches liegen muß, bewährt haben.

Wohlfahrtspleger (Fürsorger, Sozialbeamte), die mindestens 3 Jahre auf einem Gebiete der Jugendwohlfahrtsplegerei oder der Wirtschaft- und Berufsfürsorge oder der allgemeinen Wohlfahrtsplegerei hauptsächlich tätig sind, können die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspleger für das betreffende Hauptfach durch Teilnahme an einem von dem Minister zur Vorbereitung von Wohlfahrtsplegern auf die staatliche Prüfung zugelassenen Nachschulungslehrgang und bestehender Abschlußprüfung erwerben.

Unter welchen Voraussetzungen in ganz besonderen Einzelfällen bei Nachweis von in mehr als fünfjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungen, hinreichenden theoretischen Kenntnissen und hervorragender Eignung ausnahmsweise die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspleger ohne Ablegung der Prüfung erteilt werden kann, wird vom Minister entschieden werden.

Sozialistenehrung in Bukarest.

Strafentaufe und Sozialisten.

Man kann nicht sagen, daß es allzu häufig Veranlassung gibt, aus Rumänien etwas Erfreuliches zu melden: Der Terrorismus der Faschistenregierung des Generals Averescu ist von uns oft genug geachtet worden! Jetzt aber erhalten wir aus Bukarest die Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion des Gemeinderats im vierten Bezirk der rumänischen Hauptstadt den Antrag gestellt hat, drei Straßen nach Führern der rumänischen Sozialdemokratie zu benennen. Es handelt sich um die verstorbenen Genossen Rilla, den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in Rumänien, Dobrogeanu-Ghera, den Verfasser der „Neobagia“ („Die neue Fröigkeit“), eines Werkes, das in der sozialistischen Beurteilung der Agrarfrage einzig dastehend ist, und Frimu, den durch die Reaktion ermordeten Vorkämpfer der rumänischen Arbeiterklasse. Der Antrag wurde angenommen.

Bravo!

Millionenbetrug vereitelt!

Die erfolgreichen Ermittlungsmethoden der Kriminalpolizei.

Zwei raffinierte Schiebungen sind bei einer hiesigen größeren Bank aufgedeckt und die Täter verhaftet worden. Es handelt sich um den auf sich nicht hohen Gesamtbetrag von 5000 Mark. Die Art der Ausführung aber läßt erkennen, daß die beiden kleinen Schiebungen ohne Zweifel nur „Probearbeiten“ waren, die zur Vorbereitung eines größeren Schloßes dienen sollten. Bemerkenswert und hochinteressant ist auch, daß man hierbei einmal einen Einblick in die Arbeitsmethoden der Kriminalpolizei erhält, die denn auch zum Erfolg geführt haben. Man sieht daraus, daß das Gewerbe der Herren Diebe und Betrüger immer unrentabler wird.

Ein Kunde der Bank gab eines Tages den Auftrag, gewisse Papiere zu verkaufen und den Erlös seinem Konto gutzuschreiben. Er erhielt auch ordnungsgemäß die Schuldnote. Erst nach einem Vierteljahr kam man, als der Kunde die Bank persönlich besuchte, wieder auf dieses Geschäft zu sprechen. Jetzt ergab sich, daß der Betrag von 300 Mark wohl durch alle Bücher gegangen, aber nicht in der Kasse war. Die eingehenden und langwierigen Ermittlungen der Kriminalpolizei führten endlich zu der Feststellung, daß die 3000 Mark auf das Konto eines Josef Großmann bei einer hiesigen kleinen Bank überwiesen worden waren. Dieser Großmann aber hatte den Betrag bald nach dem Eingang abgehoben, sein Konto aufgelöst und war nicht zu finden. Ein Beamter oder Angestellter der Bank mußte bei der Schiebung seine Hand im Spiel gehabt haben, war aber auch nicht herauszufinden. Da kam fünf Monate später eine neue Schiebung ans Licht, die 2000 Mark betrug. Sie

betrug einen anderen Kunden der Bank, der Erlös für die Es... war auch einer anderen kleinen Bank überwiesen, aber wieder auf das Konto Josef Großmann. Die Vergleichung der Handschriften zeigte nun, daß man es mit demselben Empfänger wie früher und auch mit demselben Mann von der Bank zu tun haben mußte. Großmanns Konto war wieder aufgelöst.

Beil alle Nachforschungen nach einem Josef Großmann in Groß-Berlin erfolglos blieben, so richteten die Kriminalbeamten ihr Augenmerk jetzt auf die Träger des Namens Groß, weil man mit der Möglichkeit einer Namensfälschung durch Verlängerung rechnete. So kam man nach 1 1/2 Jahren endlich auf die richtige Spur, einen 56 Jahre alten Josef Groß aus der Galanstrasse, der früher bei einem Wadinstitut angestellt war. Die Handschriften von Briefen, die dieser Groß von anderen Leuten erhalten hatte, wurden nun verglichen mit Handschriften von Beamten und Angestellten der Bank, die in Betracht kommen konnten, und so fand man endlich heraus, daß nur ein 41 Jahre alter Fritz Borchert der ungetreue Angestellte der Bank sein konnte. Borchert wurde in der Bank festgenommen und gab bei einem eingehenden Verhör die Verfehlungen auch zu. Der Plan war von ihm ausgegangen. Daß er Absichten auf weitere Schiebungen gehabt hatte, bestritt er zwar. Das ganze Verfahren und die „technische Verbesserung“ in dem zweiten Fall lassen aber sicher darauf schließen. Es hätte schließlich auch ein Millionenbetrug gelingen können, wenn nicht die Vorbereitungen aufgedeckt worden wären. Groß, der in seiner Wohnung festgenommen und von der Dienststelle D 1 eingehend verhört wurde, ist ebenfalls gefänglich. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Selbstmordversuch von Mutter und Tochter.

Eine Tat religiöser Verfolgungswahn.

Gestern abend versuchten die 49 Jahre alte Ehefrau des Kohrlegers Ernst Hönike und ihre 27 Jahre alte Tochter Erna in der Feuerstr. 22 zu Steglitz sich mit Gas zu vergiften. Beide gehörten seit einiger Zeit einer religiösen Vereinigung an und waren in dieser so stark beeinflusst worden, daß sie immer mehr an Verfolgungswahn litten. Sie bildeten sich namentlich ein, daß sie demnächst sterben müßten und kamen so auf den Gedanken, ihrem Leben selbst ein Ende zu machen. Hönike hatte den Erscheinungen zunächst keine Bedeutung beigelegt, stand aber jetzt doch im Begriff, einen Arzt zu rufen, weil sich das Verhalten der beiden Frauen von Tag zu Tag verschlechterte. Als er gestern von der Arbeit heimgekehrt war, legte er sich ermüdet auf ein Ruhe Sofa und schlief ein. Kurz nach 9 Uhr erwachte er und bemerkte zu seinem Schrecken, daß die ganze Wohnung mit Gas angefüllt war. In der Küche fand er seine Frau und seine Tochter besinnungslos auf dem Fußboden liegen. Sie hatten zuerst den Zuleitungsschlauch durchgeschnitten und die Hähne aufgedreht, und dann hatte jede ein Ende des Schlauches in den Mund genommen. Hönike rief die Fenster auf und rief die Rettungswache, das 102. Revier und die Feuerwehr zu Hilfe. Sanitätswart Dr. Scholz von der Rettungswache und Samariter der Feuerwehr machten mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche, die dann auch Erfolg hatten. Mutter und Tochter wurden nach dem Auguste-Victoria-Krankenhaus gebracht.

Gestern nacht gegen 3 Uhr wurde die Feuerwehr auf den Alarm „Menschenleben in Gefahr“ nach der Höchststr. 9 gerufen. Von Hausbewohnern wurde an einem Wohnungsfenster starker Feuererscheinung wahrgenommen. In wenigen Minuten war das ganze Haus alarmiert. Die Wohnungsinhaberin, ein Fräulein Emma Weiß, gab auf Anrufe keine Antwort, so daß das Schicksal befürchtet werden mußte. Die herbeigerufenen Feuerwehr drang in die verqualmte Wohnung ein, wo man Fräulein W. leblos auffand. Ein Teil der Wohnungseinrichtung brannte, konnte jedoch nach kurzer Zeit gelöscht werden. Der erste Befund ließ vermuten, daß Fräulein W. den Erstlingsstod gefunden hatte. Die ärztliche Untersuchung der Leiche und die Feststellung der Kriminalpolizei ergaben jedoch einwandfrei, daß Fräulein W. Selbstmord verübt hatte. Die Gas-Hähne waren geöffnet, so daß größere Mengen Gas ausströmten, die ihren Tod herbeiführten. Durch eine brennende Petroleumlampe waren Gardinen in Brand geraten, von wo sich das Feuer weiter ausbreitete.

Emma Weiß ist die Schwester des Dichters Ehm Weiß, dessen „Gewitter über Gottland“ in der Volksbühne Jodel von Köhnen machte.

Direktor Kuhnert wird ausgeliefert.

Kürzlich wurde, wie wir mitteilten, der 29 Jahre alte Bankdirektor Max Kuhnert in Paris verhaftet. Man hatte dem K. die Beteiligung gerichtlicher Straftaten, die seine früheren Verlobungen betrafen, nachgewiesen. Die von deutscher Seite auf diplomatischem Wege beantragte Auslieferung schien zunächst zweifelhaft zu sein. Es stand nicht fest, ob Frankreich auf die Beschuldigung des Verbrechens der Anstiftung zur Attentatsausführung ausliefern. Wie jetzt bekannt wird, hat die französische Pariser Kammer die Auslieferung beschlossen. Kriminalkommissar Kanhad wird mit einem seiner Beamten in den nächsten Tagen nach Paris fahren, um Kuhnert nach Berlin abzuholen.

Der Kampf um die Erwerbslosen-Kohlenkarte.

Wie eine Himmelsbofheit wirkte die jüngst ergangene Bekanntmachung des Magistrats, daß auch noch im April — Kohlenkarten für Erwerbslose zur Verteilung kämen. Unter den Vielen, die sich darum bemühten, befand sich auch eine seit Oktober 1924 stellungslos, alleinstehende, ältere kaufmännische Angestellte, die zurzeit krank ist und daher doppelt einer warmen Stube bedarf. Sie war um dieser Verpflanzung vorzüglich geworden, hatte jedoch den Bescheid erhalten, da sie zurzeit hauskrank geschrieben sei und daher nicht unter die Erwerbslosen-Untersuchungsempfänger zähle. Ein Beamter verwies sie ans Wohlfahrtsamt, das wiederum seinerseits einzig und allein die Erwerbslosen-Fürsorge als kompetent bezeichnete und ihr riet, nochmals dort ihr Heil zu versuchen. Wieder lief die Wermis dahin, wieder vergebens. Der Beamte verwies sie an den Vorsteher, dieser an den Dezerenten, der ihr erklärte, daß nur Karten für laufende Untersuchungssempfänger vorhanden seien. Dabei bezog die Frau aber bis 7. April d. J. fortlaufend die Unterstützung der Stadt und ist nur vorübergehend krank geschrieben. Vielleicht wäre es doch möglich, in besonders dringlichen Fällen, vom toten Buchstaben der Vorschriften Abstand zu nehmen und diesen vom Schicksal ohnedies Verfolgten ein wenig Wärme, — in des Wortes tiefer Bedeutung — zu spenden.

Gefängnis für die Beleidiger Dr. Schachts.

In Moabit fand gestern wieder ein Beleidigungsprozess des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen zwei Vertreter des Aufwertungsgegendankens Beer und Koll statt. Vor dem Gerichtssaal hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, so daß Polizeibeamte zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeben werden

mußten. Der Staatsanwalt hatte wegen fortgesetzter Beleidigung und übler Nachrede je fünf Monate und eine Woche Gefängnis beantragt. Als Dr. Schacht nach diesem Antrag das Gerichtsgebäude verließ, wurde er mit lauten Beschimpfungen von der erregten Anhänger seiner Prozeßgegner verfolgt. Das Urteil lautete wegen öffentlicher Beleidigung des Reichsbankpräsidenten auf je zwei Monate Gefängnis.

Ein neues Jugendheim für Moabit.

Der Verwaltungsbezirk Tiergarten hat für den nördlichen Teil ein neues Jugendheim erhalten, das den Jugendlichen von Moabit willkommen sein wird. Auf dem Grundstück Lehnstr. 18/19 ist in einem Fabrikgebäude ein reichlich großer Raum in vier kleinere zerlegt worden, die man recht freundlich und behaglich eingerichtet hat. Bei der Eröffnungsfest gab die Bürgermeisterin Dörsen in seiner Ansprache auch des Malers Eugen Lindenberg, der mit seinen Gemälden aus der Mark Brandenburg die Räume geschmückt hat. Stadtrat Dr. Jante, der Dezerent für die Jugendpflege im Bezirk, konnte mitteilen, daß schon für die fünf Haupttage von Montag bis Freitag das Heim, das 200 Besucher aufnehmen vermag, voll vergeben ist. Sonntags und Sonntag sind ja in der wärmeren Jahreszeit die Tage, an denen die Jugend den Heimen gern fernbleibt und lieber in die Wälder hinauszieht. Lehrer Kailer, der im Bezirk die Arbeit an den erwerbslosen Jugendlichen leitet und auch die Leitung des Heims hat, sprach über die Erfolge dieser Arbeit. Mancher der zum Heim kommenden Jugendlichen bringt, sagte er, die Jügellosigkeit der Straße mit. Aber es gelingt, auch die Jügellosen in die Gemeinschaft hineinzuziehen und ihr einzuordnen. Er berichtete über die erfolgreichen Bemühungen, die erwerbslosen Jugendlichen in Lehrgängen zu beschäftigen, die ihrer beruflichen Fortbildung dienen.

Die Notstandsaktion der Schauspieler.

Ein leeres Haus! Wie hoch und unwahr klingt ein jedes Wort, das nach verzerrt sich zur Frage und aus allen Ecken und Winkeln grinst der arme, verhöhrte, buntbemalte Hanswurst. Und zu dem rein idealen Wanto kommt hier in diesem Falle das harte, unerbittliche Minus in der Kasse. Die Schauspieler spielen ja nicht für feste Gage, sondern auf Leistung der abendlichen Einnahme. Und da kommt, selbst bei gutem Besuch, auf den einzelnen herzlich wenig, geschweige bei einem schlecht gefüllten Hause. Helft ihnen durch den Besuch der Vorstellungen. 80 Pfg. kostet der Platz und man sieht wirklich gute Stücke bei guter, künstlerischer Darstellung. Zurzeit werden Romain Rollands „Die Wölfe“ gespielt, ein Revolutionsdrama aus der Zeit der großen französischen Revolution, das bei seiner kürzlich erfolgten Premiere sehr viel Beifall fand. Die Vorstellungen finden am 27., 28., 29. April, 4., 5., 6., 11., 12. und 13. Mai nach der Datumfolge in folgenden Sälen statt: Saalbau Hochhausbräuerei, Märchenbrunnen, Schloßbrauerei Schöneberg, Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee, Lindners Konzerthaus Panlow, Stadthalle Weißensee, Arbeitervereinshaus Chausseestraße, Andreas-Festhalle und Prachtvolle Treptow abends 8 Uhr statt.

Trauerfeier für Paul Nathan. Zu Ehren des vor kurzem verstorbenen Dr. Paul Nathan wurde am Montag — an dem Tage, an dem er sein 70. Lebensjahr vollendet hätte — eine Trauerfeier im Hilfsverein der deutschen Juden veranstaltet. Den Hilfsverein der deutschen Juden gründete Paul Nathan vor einem Vierteljahrhundert zusammen mit Dr. James Simon, um planvoll Schutz und Hilfe für die Juden Osteuropas betreiben zu können. James Simon, der Vorsitzende des Vereins, hielt dem Verstorbenen die Gedächtnisrede, die in schlichter Sachlichkeit das Wirken Nathans schilderte. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde habe Nathan, führte er aus, von dem Tage an sich eingesetzt, wo er — im Jahre 1893 als ein Sechszwanzigjähriger — zuerst im öffentlichen Leben auftrat. Vom Kampf gegen den Antisemitismus gelangte Nathan zur Betrachtung der allgemeinen Lage der Juden in Europa und zu Bemühungen, den Kulturstand der Juden Osteuropas zu heben. Simon gedachte auch der politischen Arbeit Nathans in der von ihm gegründeten Zeitschrift „Nation“ und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Daß Paul Nathan, der als bürgerlicher Demokrat begonnen hatte, später zur Sozialdemokratischen Partei übertrat und ihr im letzten Jahrzehnt seines Lebens angehört hat, erwähnte der Redner nicht.

Anklagen als Judenmörder. In Wien wurden am Sonntag zwei jüdische Kaufleute, der 23jährige Kantorowicz und der 20jährige Jablonski aus Baranowicz, von einer Gruppe Antisemiten gefoltert zum katholischen Friedhof gebracht und dort ermordet.

Genosse Professor Großhahn hält im Rahmen der von der Kulturregierung für Erdkunde und Jugend veranstalteten Vortragsreihe am Donnerstag, dem 25. April, nachm. von 5-7 Uhr, im Reichsanstalt für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, einen Vortrag über Gedächtnisbildung, Familienleben und Elternschaftserziehung im Dienst der Jugend. Nach ihm spricht Amtsdirektor Dr. Schubert über Rassenhygiene und Redit. — Am Mittwoch, dem 27. April, abends 8 Uhr, an derselben Stelle: Vortrag des Oberlehrers Dr. Kurt-Drems: Rassenhygiene und rassistische Lage im Elternhaus der brennenden Schulkind (mit Schilddrüse). — Am Freitag, dem 29. April, nachm. 5-7 Uhr: Prof. Westendorfer-Berlin: Rassenhygiene und Ethik. Rektor Thiele-Berlin: Rassenhygiene und die Forderungen der Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene.

Parteigenossen, Gewerkschafter! Denkt an die Massenkundgebung am 1. Mai!

Schiedspruch für die Hochbahn.

B. S. Unter dem Vorsitz des Gewerberates Körner hat sich gestern der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin mit den Lohnforderungen der Hochbahner beschäftigt und in später Abendstunde einen Spruch gefällt. Mit Wirkung vom 1. April wird der Stundenlohn für die männlichen Angestellten über 24 Jahre um 5 Pf. und ab 1. Oktober um weitere 3 Pf. erhöht. Die Arbeiter unter 24 Jahren und die Arbeiterinnen erhalten eine Aufbesserung um 4 Pf. und ab 1. Oktober eine weitere um 3 Pf. pro Stunde. Das Verkehrspersonal hat folgende Zugeständnisse erhalten: In der Spitzengruppe, die jetzt nach einem Dienstalter von 16 Jahren, nicht wie früher nach 20 Jahren, erreicht wird, beträgt die Gehaltserhöhung ab 1. April 17,50 M., Zugbegleiter erhalten 13,50 M. und am 1. Oktober weitere 3,50 M. Die übrigen Angestellten werden ab 1. April im Gehalt um 11,50 M. und ab 1. Oktober um 6,90 M. heraufgeholt. Die weiblichen Angestellten erhalten Zulagen in Höhe von 9,20 M. bzw. 6,50 M. Die sozialen Zuschläge werden um einen Pfennig erhöht.

Die Frage der Arbeitszeit wird bei der Hochbahn noch in besonderen Verhandlungen geregelt werden. Der Schlichter hat den Arbeitnehmern empfohlen, auf Grund des Hochbahnerschiedspruches nochmals mit ihrer Direktion zu verhandeln. Diese Besprechungen finden wahrscheinlich noch heute statt. Auch mit der Direktion der Straßenbahn soll die Lohnhöhung in freier Vereinbarung festgesetzt werden.

Keine Betriebseinstellung der Kraftdroschkenbesitzer.

Die Absperrung der Kraftdroschkenführer unterbleibt.

Infolge der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für das Berliner Autodroschken-Gewerbe sind von den etwa 10 000 Kraftdroschkenführern vom Scheberakonzern 1400 Fahrer ausgesperrt worden und von den Innungsbetrieben, die nur teilweise ausgesperrt haben, 400 Fahrer.

Bekanntlich haben die Kraftdroschkenbesitzer beschlossen, von morgen ab ihre Betriebe stillzulegen und damit sämtliche Angestellte auszusperrn, falls ihrer Forderung auf Rumensperre nicht stattgegeben wird. Wir sagten schon, daß dieser Stilllegungsbeschluß nicht besonders ernst zu nehmen sei, da die Unternehmer, abgesehen von dem Scheberakonzern, der nichts mehr auszusperrn hat, sich den Luxus einer Betriebseinstellung nicht allzu lange leisten können, und der Beschluß hauptsächlich als Druckmittel gegen den Berliner Polizeipräsidenten gedreht war.

Inzwischen sind Verhandlungen im preussischen Innenministerium vor sich gegangen. Nach dem uns vorliegenden dürftigen Bericht scheint es, daß man im Ministerium des Innern zu einem befriedigenden Ergebnis gelangt ist und die angedrohte Stilllegung damit gegenstandslos geworden ist.

Die seit Freitag voriger Woche ausgesperrten Kraftdroschkenführer werden hoffentlich für den fünfjährigen Verdienstausfall entschädigt.

Stillelegung des Kraftdroschkenverkehrs in Dresden.

Die Streikbrecher werden ausgesperrt.

Dresden, den 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Bei den neuen Verhandlungen im Dresdener Kraftdroschkenstreik, die dieser Tage im sächsischen Arbeitsministerium stattfanden, erklärten sich beide Parteien bereit, die strittigen Punkte, Lohn, Urlaub und Krankenlohn, einem Schiedsgericht mit drei Unparteiischen zu unterbreiten, das bindend entscheiden sollte. Die Unternehmer lehnten aber alle Vorschläge der Unparteiischen und Arbeitervertreter ab; sie schlugen als Garantieohn vor: für sofort 42,60 M. (wie im Schiedspruch), für die Zeit ab 1. August 43,50 M. und ab 1. Dezember 45 M. Diese Neuregelung soll bis zum 31. August 1928 laufen. Der Vorschlag stellt eine glatte Verhöhung der Arbeitervertreter dar; diese erklärten deshalb, sich an den Verhandlungen nicht länger beteiligen zu können. Die Starrköpfigkeit der Unternehmer hat also die Verhandlungen wiederum zum Scheitern gebracht. In einer Versammlung der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Kraftdroschkenführer, in der die Haltung der Verhandlungsführer einstimmig gebilligt wurde, kam in sehr scharfer Form die Entlastung über das Verhalten der Arbeitgeber zum Ausdruck.

Dresden, 26. April. (W.F.B.) Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergebnislos verlaufen sind, gibt die Interessengemeinschaft der Dresdener Kraftdroschkenbesitzer bekannt, daß sie sich genötigt sehen, zum wiederholten Ausschreitungen gegen die arbeitswilligen Chauffeure vorgekommen

seien, die Fahrten der etwa 70 bis 80 noch in Betrieb befindlichen Kraftdroschken nunmehr gänzlich einzustellen.

Zum Streik im Wollkonzern.

Leipzig, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter der Norddeutschen Wollkammerei in Delmenhorst und Bahrenfeld befinden sich schon seit mehreren Wochen im Streik. Es ist deshalb der Versuch gemacht worden, die Arbeiten nach der Sächsischen Wollgarnfabrik vormals Titel u. Krüger in Leipzig zu verlegen, die dem Konzern der Norddeutschen Wollkammerei angehört. Diesen Versuch, die Arbeiter des einen Konzernbetriebes gegen die Arbeiter des anderen auszuspielen, hat die Belegschaft von Titel u. Krüger mit dem Akt der Solidarität beantwortet und die Arbeiter der Ringspinnerei und der Sektorkammerei hat die Arbeit geschlossen niedergelegt. Zuzug nach Leipzig ist strengstens fernzuhalten.

Zechenbesitzer und Arbeitszeitnotgesetz.

Wie sie es auslegen.

Essen, den 25. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Verhandlung am Montag über das Mehrarbeitsabkommen der Bergbauangestellten gab der Zechenverband einleitend bekannt, daß er die Angestellten-Kameralarie im Ruhrbergbau für unzulässig erachtet. In den eigentlichen Verhandlungen über die Arbeitszeit zeigten sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Arbeitszeitnotgesetzes. Der Zechenverband besteht unter Berufung auf das Arbeitszeitnotgesetz darauf, daß in der Arbeitszeitfrage der Bergbauangestellten alles beim alten bleiben soll. Er verlangt, daß darüber hinaus die Arbeitszeit der Angestellten in nicht durchgehenden Betrieben zwei Stunden länger als die Arbeitszeit der unterstellten Arbeiter sein soll. In der Frage der Bezahlung der Mehrarbeit gingen die Auffassungen der Tarifparteien vollständig auseinander. Die Parteien haben den Schlichter angerufen, der voraussichtlich am 3. Mai die Verhandlungen aufnehmen wird.

Der Tarifkampf in der Lausitzer Textilindustrie.

Cöben, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Die schweren Tarifkämpfe der Textilarbeiter in der Oberlausitz scheinen zu einem umfangreichen Streik zu treiben, sofern die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt nicht verlassen. Im Reigersdorf-Zittauer Bezirk sind — wie bereits gemeldet — bisher insgesamt 8000 Kündigungen erfolgt. Im Bauhner Gebiet haben Kündigungen noch nicht stattgefunden. Auch in Riesa ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Im Bezirk Kamenz-Pulsnitz wurden am Sonntagabend rund 2400 Kündigungen ausgesprochen. Im Rüdertal werden 20 Betriebe betroffen, in der Stadt Kamenz sechs. Insgesamt dürften bisher rund 10 000 Kündigungen erfolgt sein. Ein Teil der Unternehmer hat mit den Belegschaften Sonderabmachungen über Manteltarif, Urlaubsfrage usw. getroffen. — Jedenfalls steht die Arbeiterschaft vor folgenschweren Entscheidungen.

Einigung in der bayerischen Metallindustrie.

Der Schiedspruch vom 13. April (vgl. Nr. 185 des „Vorwärts“), der für die unter den Haupttarif des Nürnberg-Fürther Arbeitgebervereins (N.F.V.) fallenden kaufmännischen Angestellten, Techniker und Werkmeister eine Erhöhung der Mindestgehaltsätze einschließlich der Lehrlingsvergütungen um 7 1/2 Proz. mit Wirkung vom 1. April 1927 vorlieht, ist sowohl vom N.F.V. als auch von den mitbeteiligten Angestelltenorganisationen angenommen worden. In der Annahmeerklärung gegenüber dem Landes-Schiedsrichter brachte der Zentralverband der Angestellten im Einverständnis mit seiner Tarifkommission seine ernstesten Bedenken zum Ausdruck, vor allem auch wegen der langen Bindungsfrist, da die Gehaltstafel mit Monatsfrist erstmalig zum 29. Februar 1928 kündbar ist.

Verhandlungen in der westerschlesischen Eisenindustrie.

II. meldet: Die Metallarbeiterverbände haben die Lohnordnung für die obererschlesischen Eisenhütten gebilligt und Verbesserungen gefordert. Zunächst verlangten sie eine Ausgleichszulage für die am 1. April eingetretene Preissteigerung in Höhe von 20 Proz. für den Monat April. Des weiteren forderten sie für die Zeit ab 1. Mai Lohnhöhungen, die sich zwischen 30 und 47 Proz. bewegen. Am 13. April fanden zwischen dem Arbeitgeberverband und den Metallarbeiterverbänden Verhandlungen über die Lohnforderungen statt. Die Arbeitgeber waren bereit, über eine Lohn-erhöhung zu verhandeln, wenn die Metallarbeiterverbände ihre Forderungen auf eine verhandlungsfähige Basis reduzierten. Die Gewerkschaften hielten an ihren Forderungen in voller Höhe fest. Infolgedessen war es der Arbeitgeberseite mit Rücksicht auf die außer-

gewöhnliche Höhe der Lohnforderungen nicht möglich, Gegen-vorschläge zu unterbreiten. Die Verhandlungen mußten deshalb er-gebnislos abgebrochen werden. Die Metallarbeiterverbände erklärten daraufhin, daß sie den Schlichter anrufen werden. Eine Verhandlung vor dem Schlichter hat jedoch, wie der „Industrieurier“ meldet, bis jetzt noch nicht statt-gefunden. Es ist deshalb abwegig, schon jetzt von einer Arbeits-unterbrechung zu sprechen, da das eingeleitete Schlich-tungsverfahren noch in keiner Weise zum Abschluß gelangte und es auch noch gar nicht abzusehen ist, welche Ergebnisse es zeitigen wird. (In Oberschlesien scheint das Schlichtungsverfahren sehr langsam vor sich zu gehen. Red. b. „W.“)

Beigelegter Kampf in der Pariser Autoindustrie.

Paris, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Absperrung bei den Citroën-Werken ist am Montag trotz starker kommunistischer Propaganda beigelegt worden. 95 Proz. der Arbeiter sind wieder eingestellt worden.

Folles, Bert- und Schachtmeisterband, Bezirksverein Groß-Berlin. Morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienkollern, Sophienstr. 17/18: Generalfassung. „Die wirtschaftliche Lage unserer Mitglieder“, Referent: Rolf Otto Fiedler. — Rassenbericht.

Aus der Partei.

Mai-Schriften.

Sieben erscheint das Maiheft der „Arbeiter-Jugend“. Es läßt schon in seiner äußeren Gestalt erkennen, daß es vorwiegend dem Feiertag der Arbeit gewidmet ist. Das Titelblatt bringt diesmal einen wichtigen Einschnitt eines jungen Künstlers, der den Maizug der Jugend symbolisiert. Im Hauptblatt sind Text und Illustrationen stark auf den Maifeiertag eingestellt. Franz Mühs behandelt in einem Aufsatz „Die Internationale und der Maigedante“, die Geschichte der Maifeier und ihre diesjährige politische Bedeutung. Der Verbandsvorsitzende, Max Westphal, veröffentlicht einen Aufsatz unter dem Titel: „Die Partei ruft Euch“, der sich vor allem an die älteren Jugendgenossen wendet, die den Maizug zum Anlaß nehmen sollen, die Mitgliedschaft in der Partei zu erwerben. Im direkten Zusammenhang mit der Maifeier stehen auch die Illustrationen des Hauptblattes, die die Bilder vom vorjährigen internationalen Jugendtag in Amsterdam wiedergeben, der ja eine der eindrucksvollsten internationalen Kundgebungen für die Gedanken des Maifeiertags war. Im übrigen ist das Hauptblatt ausgefüllt mit Notizen aus der Politik, aus der Gelehrte, aus der Bewegung und aus dem Lager der Gegner.

Mit seinen Beilagen „Die Arbeitgemeinschaft“ und „Kultur und Leben“ bietet das Heft eine Fülle von Belehrung und Unterhaltung. Auch unsere Frauen dürfen am 1. Mai nicht abseits stehen und die neue Nummer 9 der „Frauenwelt“ weiß sehr geschickt auf die Wichtigkeit dieses Tages hinzuweisen. Eine Schilderung mit zahl-reichen Illustrationen aus dem Leben der Berliner Konsum-genossenschaft zeigt besonders klar die Bedeutung des Zusammen-schlusses der Arbeiterschaft auch für den Haushalt und somit in besonderer für die Aufgaben der Frau. Arbeiten, die früher jeden Einzelhaushalt einzeln befassten, werden billiger und rationeller durch die Genossenschaft ausgeführt und immer deutlicher wird die künftige Ablösung des Kleinhaushalts durch den Großbetrieb. Die „Frauenwelt“ bringt außerdem wertvolle Anregungen für Küche, Kleidung und Hygiene und wird dadurch zum unentbehrlichen Ratgeber für jeden Proletarierhaushalt.

Verantwortlich für Politik: Dieter Schiff; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gemeindefortschreibung: Friedr. Eßmann; Feuilleton: R. B. Wicher; Solales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Glode; Redaktion in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Altenhofstr. 3.

Humboldt-Theater, Badstraße 19 Des großen Erfolges wegen verlängert Norma Talmadge in KIKI Das erste, Beiprogramm. Die große Bühnenschauspiel	Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48 Dienst, d. 26. bis Donnerstag, d. 28. April Das große Lichtspiel vom 1. Tag Landstreicher wider Willen Ferner: Die große Revue: Auf und Ab 16 Bl' der.
Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16 Ab Dienstag, den 26. bis 28. April. 7-Schläger-Programm Gefährliche Frauen und Verrat Das erste, Beiprogramm. Die große Bühnenschauspiel	Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 59 Vom 26.—28. April Pala Negri in Hotel Stadt Lemberg Auf der Bühne Henry Bender: persönlich in der Revue: Lichtenberg, was sagte zu?
Concordia-Palast, Andreastrasse 64 Dienstag, den 26. bis 28. April Kinderseelen klagen Euch an! dazu: Mit Fußball und Schlitten im Eisener	Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151, 52 Vom 26.—28. April Das Lebenslied Ferner: Der Cowboy-Kavalier Bühnenschauspiel

Porzellan enorm billig! Steingut weiß u. bunt

Speiseteller tief 25	Kaffeekannen groß 78	Bitte die Preise in unseren Schaufenstern zu beachten.	Speiseteller glatt, tief oder flach 9	Salats rund, weiß, groß 38
Speiseteller flach 22	Moccafännchen 28		Speiseteller gerippt, tief oder flach 12	Wasserkrüge elfenbein, groß 75
Abendbrotteller 19 cm 15	Teekannen 85	Abendbrotteller 19 cm 7	Milchtöpfe farbig, glasiert groß 75	Wurstkästen weiß, mit Schrift 85
Beilagschalen 38	Terrinen oval, mit Deckel groß 2.40	Nachtgeschirr bunt 70 55	Kamm- u. Seifenschalen 8	Heringskästen groß, mit Ifering 2.75
Saucieren 65	Terrinen und Ragouts ohne Deckel 58	Salz- od. Mehlmesten bunt 68 68	Satz Salats 7 teilig, bunt tief oder flach, bunt 1.45	Speiseteller 40 cm-Becken mit Einlage u. Rohbögen 6.50
Butterglocken 58	Senimenagen 45	Gewürztönnchen 6 teilig bunt 95	Speiseteller 7 teilig, bunt tief oder flach, bunt 18	Waschgarnituren , bunt 40 cm-Becken mit Einlage u. Rohbögen 2.95
Kompottschälchen 12 8	Tassen mit Untertasse 15 12 8	Vorratsstollen mit Schrift 30	Teekannen braun 65 55	Toiletteneimer mit Einlage u. Rohbögen 2.95
Zuckerboxen mit Deckel 8	Speiseteller feston, Gold, tief oder flach 55	Satz Salats bunt, 5 teilig 85	Kinderservice bunt, 4 teilig 65	
Ascher 25	Abendbrotteller 19 cm 35	Teekannen 65		
Milchbecher 15	Saucieren 1.60	Kinderservice bunt, 4 teilig 65		

Kaffeesevice 9 teilig, für 6 Personen, schöne Rand-decora 3.90	Kaffeesevice 5 teilig, für 2 Personen, schöne Rand-decora 1.95	Tafel-service Porzellan decoriert, 23teilig, für 6 Personen 19.75	Küchenservice Porzellan 23 teilig 12.95
--	--	---	--

H. Joseph & Co.
NEUKÖLLN-BERLIN, NERSTR. 51-55